

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT



Jahresbericht 2022

Inhalt

Jahresbericht 2022 von Ruedi Tobler	3
..... Russlands Krieg gegen die Ukraine	
Ukrainische Flüchtlinge in der Schweiz	7
..... Bericht von Diana Schenkel über ihre Arbeit	
Der Friedenskalender 2023	16
..... Eine Reise durch das nomadische Afrika	
Weitere Aktivitäten des Friedensrates 2022	17
..... Die Arbeit des Vorstandes / Ilanzer Sommer / Café de la paix	
Die FRIEDENSZEITUNG 2022	22
..... Im Zeichen des Krieges gegen die Ukraine	
Publikationen des SFR	24

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich
Tel. +41 (0)44 242 93 21
info@friedensrat.ch – www.friedensrat.ch
PC-Konto 80-35870-1

FRIEDENSZEITUNG

Die vierteljährliche
friedenspolitische Zeitschrift



Die Kampagne
gegen Kleinwaffen

Impressum

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Zürich, März 2023, Fr. 10.–

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt

Beiträge von Ruedi Tobler, Francine Perret,

Diana Schenkel, Maria Ackermann

Gestaltung: Graffitis zur Ukraine aus aller Welt

Korrektorat: Liliane Studer

Druck: ropress Druck, Zürich

Auflage: 2000 Ex.



Unser Strom –
100 % Schweizer
Wasserkraft
schweizstrom



Russlands Krieg gegen die Ukraine: Atomare Abschreckung hat versagt

Ruedi Tobler, Präsident des SFR

Wenn dieser Jahresbericht erscheint, ist es ein Jahr her seit dem Beginn von Wladimir Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine am 24. Februar 2022. Die Überraschung, dass dies kein «Blitzkrieg» war, ist längst der Gewöhnung daran gewichen, dass ein Ende nicht absehbar ist. Wir waren überrascht von diesem Krieg wie die meisten, die sich nicht vorstellen konnten, dass ein solcher mitten in Europa noch möglich sein könnte. Allerdings gab es Hinweise: So hat das NeSTU (Netzwerk Schweiz–Transkarpatien/Ukraine) bereits auf den 19. Februar zu einer Kundgebung «Kein Krieg in Europa» in der Pestalozzianlage in Zürich aufgerufen. Von Anfang an haben wir uns aktiv an der Protestbewegung gegen den Krieg gegen die Ukraine beteiligt und am 23. Februar eine Stellungnahme zur zuerst zögerlichen Haltung des Bundesrates unter dem Titel «Gegenüber der kriegesischen Aggression Russlands gegen die Ukraine darf es keine Neutralität geben» herausgegeben, die wir hier abdrucken.

Keine Neutralität gegenüber Russland!

«Mit der Anerkennung von Luhansk und Donezk als unabhängige Republiken und der Entsendung von Panzern und Militär in diese Gebiete – und wie Wladimir Putin am 22. Februar an einer Medienkonferenz deutlich machte, ist eine Erweiterung in andere Gebiete vorgesehen – lässt Russland eine unselige Tradition aus der Sowjetzeit wiederaufleben. Es sei hier nur an die Niederschlagung der Volksaufstände in der DDR (1953), Ungarn (1956), und der Tschechoslowakei (1968) erinnert.

Mit seinem Vorgehen hat Präsident Putin deutlich gemacht, dass er keinen Wert auf Menschenrechte und Frieden legt. Er hat auch keine Hemmungen, Teile der ukrainischen Bevölkerung nach Russland verschleppen zu lassen und in Geiselhaft zu nehmen – eine Praxis, die er aus Stalins Zeiten übernommen hat. Und zeigt sich nun nicht ebenfalls, dass das Verbot der Menschenrechtsorganisation Memorial auch der Kriegsvorbereitung diene, um eine bedeutende kritische Stimme im eigenen Land mundtot zu machen?

Skrupellos setzt Präsident Putin darauf, dass die Atomwaffen sein Land militärisch unangreifbar machen. Und dank dem Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat kann er auch verhindern, dass die UNO die ihr von der Charta übertragene Aufgabe der Kriegsverhinderung wahrnehmen kann. Mit dem kriegesischen Angriff auf die Ukraine verleiht Präsident Putin der Nato eine nachträgliche Legitimation für deren Osterweiterung, haben sich diese Staaten doch aus Befürchtung vor einer militärischen Intervention unter den «Schutzschirm» des westlichen Militärbündnisses begeben. Und wohl zu Recht überlegen sich Schweden und Finnland, wie sie sich gegen eine russische Invasion schützen können.

Für den Schweizerischen Friedensrat heisst das vor allem, dass die Kandidatur für die Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat an Bedeutung gewinnt. Damit könnte sie zwar nicht den russischen Militärüberfall auf einen souveränen Staat verhindern, aber diesen mit grösserem Gewicht im Auftrag der Weltgemeinschaft in deren höchstem Gremium

verurteilen und sich so sichtbar für Frieden, Rechtsstaat und Demokratie einsetzen.

Vor allem aber darf sich die Schweiz – im Gegensatz zum Vorgehen bei der militärischen Eroberung der Krim durch Russland – diesmal nicht opportunistisch darauf beschränken, lediglich zu verhindern, dass Sanktionen der EU nicht über die Schweiz umgangen werden können. Diesmal muss sie, unmittelbar nach dem Erlass weiterer Sanktionen, diese in ihrer Gesamtheit (also auch die früher erlassenen) mittragen. Nur so kann die Schweiz zeigen, dass sie als verantwortungsvolles Mitglied der Völkergemeinschaft handelt und sich aktiv für Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Umsetzung der Menschenrechte einsetzt. Und gerade jetzt kann der Bundesrat ein Zeichen setzen, dass Atomwaffen kein legitimes Mittel der Kriegführung sind, sondern generell geächtet werden sollten, indem er nun endlich den Auftrag der Eidgenössischen Räte umsetzt, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.»

«Der traurigste Moment meiner Amtszeit»

UNO-Generalsekretär António Guterres äusserte sich gegenüber der Presse im Anschluss an die Sitzung des Sicherheitsrates unmittelbar vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 23. Februar 2022 mit deutlichen Worten:

«Dies ist der traurigste Moment in meiner Amtszeit als Generalsekretär der Vereinten Nationen. Ich begann diese Sitzung des Sicherheitsrates mit einem inständigen Appell an Präsident Putin, seine Truppen von einer Offensive gegen die Ukraine abzuhalten und dem Frieden eine Chance zu geben, da bereits zu viele Menschen ums Leben gekommen sind. Während der Sitzung kündigte Präsident Putin eine «militärische Sonderoperation» im Donbas an und forderte die ukrainischen Truppen auf, ihre Waffen niederzulegen. Angesichts der derzeitigen Umstände muss ich meinen Appell ändern:

Präsident Putin, ich bitte Sie im Namen der Menschlichkeit, Ihre Truppen nach Russland



Erklärung von National- und Ständerat zum Krieg gegen die Ukraine

- Bestürzt über das menschliche Leid, welches durch die russische Aggression gegen die Ukraine verursacht wird;
- überzeugt, dass ein unilateraler Angriffskrieg niemals ein Mittel der Politik sein darf und einem im 21. Jahrhundert agierenden Staat unwürdig ist;
- besorgt darüber, dass die Werte der friedlichen Koexistenz der Völker, der Demokratie und der Menschenrechte, die in Europa und der Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gefördert wurden, durch diese Aggression auf schwerwiegende Weise infrage gestellt werden;
- entschlossen, sich zusammen mit der internationalen Staatengemeinschaft für eine baldige Rückkehr des Friedens in der Ukraine einzusetzen;
- gestützt auf Artikel 32 seines Geschäftsreglements,

a. verurteilt den Nationalrat den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der politischen und militärischen Führung Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste;

b. fordert die politische und militärische Führung Russlands und alle weiteren Konfliktparteien auf, einen sofortigen Waffenstillstand zu vereinbaren;

c. unterstreicht die zentrale Wichtigkeit des auf dem Völkerrecht beruhenden globalen Sicherheitssystems;

d. appelliert an alle Konfliktparteien und insbesondere an die politische und militärische Führung Russlands, das humanitäre Völkerrecht zu respektieren;

zurückzuschicken. Ich bitte Sie im Namen der Menschlichkeit, nicht zuzulassen, dass in Europa der womöglich schlimmste Krieg seit Beginn des Jahrhunderts ausbricht, dessen Folgen nicht nur für die Ukraine verheerend und für die Russische Föderation tragisch sein könnten. Dieser Krieg könnte auch für die Weltwirtschaft unvorhersehbare Folgen haben – zu einem Zeitpunkt, in dem die Welt die Covid-



e. solidarisiert sich mit den Menschen der Ukraine und fordert, die Bevölkerung der Ukraine mit humanitärer Hilfe zu unterstützen;

f. fordert den Bundesrat auf, den Druck auf Russland zu erhöhen, indem sich die Schweiz den EU-Sanktionen gegen Russland anschliesst. Die Schweiz als wichtigster Rohstoffhandelsplatz und bedeutender Standort für Finanzdienstleistungen für russische Konzerne muss entsprechend Verantwortung übernehmen.

Ergänzung des Ständerates:

g. Die Schweiz soll ihre humanitären Dienste zur Hilfe vor Ort und für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine grosszügig wahrnehmen.

19-Pandemie allmählich überwindet und so viele Entwicklungsländer unbedingt Raum für die Erholung benötigen. Hohe Erdölpreise, eine Einstellung der Weizenexporte aus der Ukraine und steigende Zinssätze infolge der instabilen Lage auf den internationalen Märkten würden diese Erholung deutlich erschweren. Dieser Konflikt muss sofort beendet werden.»

Mitarbeit bei der Koordination der Ukraine-Friedensproteste

Wir waren von Anfang an in der Kerngruppe der *Koordination Friedensproteste* mit unserem Vorstandsmitglied Maria Ackermann vertreten. Sie hat die Demonstrationen vom 26. Februar und 2. April in Bern wie auch die Ad-vents-Friedenskundgebung vom 16. Dezember in Zürich mitorganisiert und ist weiterhin aktiv. Die Gruppe wird von einer breiten Friedensal- lianz getragen und von Rebekka Wyler, Co-Ge- neralsekretärin der SP Schweiz, koordiniert. Die grosse Beteiligung an der Kundgebung vom 26. Februar in Bern – und zugleich an weiteren Orten in der Schweiz – hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich der Bundesrat den Sanktionen gegenüber Russland angeschlossen hat. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass sich auch der Nationalrat am 28. Februar und der Ständerat am 1. März für die Beteiligung daran ausgesprochen haben (siehe Kasten Seite 5).

Übernahme der europäischen Sanktionen gegen Russland

Der Bundesrat hat am 28. Februar 2022 ent- schieden, die Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland zu übernehmen und somit deren Wirkung zu verstärken. Die be- stehende Verordnung wurde am 4. März 2022 einer Totalrevision unterzogen. Die Schweiz hat bisher neun Sanktionspakete der EU mit weni- gen Ausnahmen übernommen (Stand 25. Janu- ar 2023). Es gab auch immer wieder Kundge- bungen an verschiedenen Orten in der Schweiz. Beteiligt haben wir uns an jener am 5. März in Zürich, vom Platzspitz zum Sechseläutenplatz; besonders erwähnt sei jene in Heiden AR bei der Peace Bell vor dem Dunant-Museum am 2. März, wo Ruedi Tobler als Präsident des Frie- densrates ein Votum abgab.

Zwei Milliarden mehr für die Armee?

Für die Rüstungslobby war Putins Krieg ein vor- gezogenes Ostergeschenk: «Am Montag, 28. Februar meldete sich die SVP mit sicherheits-

politischen Forderungen zu Wort. Die Armee- ausgaben seien so rasch wie möglich von fünf auf sieben Milliarden Franken zu erhöhen, er- klärte deren Fraktionschef Thomas Aeschi vor den Medien. FDP-Präsident Thierry Burkart fordert ebenfalls eine Erhöhung der Verteidi- gungsausgaben um zwei auf sieben Milliarden Franken – und er goss diese Forderung gestern auch bereits in einen parlamentarischen Vor- stoss.» (Tages-Anzeiger 1.3.2022).

Am 21. März reichte die Mehrheit der Si- cherheitspolitischen Kommission des Natio- nalrates eine Motion ein: «Der Bundesrat wird beauftragt, eine schrittweise Erhöhung der Ar- meeausgaben ab 2023 zu beantragen, sodass sie spätestens bis 2030 mindestens ein Prozent des BIP betragen.» Am 9. Mai wurde die Motion im Nationalrat überwiesen mit 111 gegen 79 Stim- men, bei 2 Enthaltungen. Am 31. März reichte die Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kom- mission des Ständerates eine gleich lautende Motion ein wie im Nationalrat; am 2. Juni dann nahm der Ständerat die Motion mit 32 gegen 11 Stimmen an, die damit zum verbindlichen Auftrag an den Bundesrat wurde.

In seinem Votum führte Ständerat Hegglin (Mitte, Zug) ausführlich aus, welche Probleme die Motion aufwirft und sagte abschliessend: «Die vorliegende Motion können wir ja nicht abändern. Wir können sie nur annehmen oder ablehnen. Ich werde sie heute annehmen, aber, wie gesagt, mit der Forderung nach einer besse- ren langfristigen Steuerung und natürlich auch mit dem Vorbehalt, dass ich bei den Beschlüs- sen zum Voranschlag dann jedes Mal entschei- den kann, ob ich den beantragten finanziellen Mitteln für die Sicherheitspolitik zustimme.»

Und die SP-Ständerätin Eva Herzog führte an: «Ich finde diese Debatte diesbezüglich ent- täuschend. Sie hat mir gezeigt – wir sprechen jetzt über diese Motion, über die Erhöhung der Armeeausgaben –, dass es wirklich richtig ist, diese Motion jetzt abzulehnen. Die Konzepte, die dahinterliegen, überzeugen mich überhaupt nicht. Es sind keine neuen Konzepte. Kollege Salzmann hat das auch bestätigt. Er hat stolz ge- sagt, dass er den gleichen Antrag schon 2017 ge- stellt habe. Das heisst, mit der Ukraine hat die-



se Motion gar nichts zu tun. Das sind die alten Konzepte. Die gibt es, glaube ich, auch nicht erst seit 1990. Es kommt mir vor wie die Schweiz im Zweiten Weltkrieg mit dem damaligen Konzept von Neutralität: Wir verteidigen uns ganz alleine, als Insel in der Welt, ohne Partnerschaften mit unseren Nachbarländern. Das ist veraltet. Das kann ich nicht nachvollziehen. Die einen sprechen von Konzeptlosigkeit. Ich habe kein Konzept gehört, das mich überzeugt.

Ein weiteres Beispiel: Wiederum Kollege Salzmann wollte auch mit einer anderen Motion, ziemlich zackig, zwei Milliarden Franken für die Armee. Und weil niemand wusste, wie man so viel Geld so schnell ausgeben soll, soll dies jetzt gestaffelt erfolgen. Inhaltlich hat mich die Diskussion nicht überzeugt. Es ist eine Hauruckübung. Ich weiss nicht, wie viele Berichte ich noch brauche. Ich bräuchte einen Bericht mit einem aktuellen Konzept und mit einem Bild der Schweiz, das der heutigen Zeit entspricht.»

Der Bundesrat hatte in seiner Stellungnahme zu den Motionen des National- und Ständerates am 13. April allerdings dezidiert festgehalten, dass er zwar eine schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben ab 2023 unterstützt, aber «im Hinblick auf das in der Motion erwähnte Ziel (Erhöhung Armeeausgaben bis 2030 auf mindestens ein Prozent des BIP) wird der Bundesrat die Entwicklung der Armeeausgaben im Lichte der Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes laufend beurteilen.»

Das hat der Bundesrat am 25. Januar 2023 getan, im Rahmen der Beratungen zum Budget 2024. Er traf dabei Vorentscheide für Sparmassnahmen – und beschloss, dass die Armeeausgaben langsamer wachsen sollen als vorgesehen. Für das Jahr 2024 sind für die Armee 5,6 Milliarden Franken geplant, für die Jahre 2025 und 2026 strebt der Bundesrat ein Wachstum von drei Prozent pro Jahr an. Das sei mehr als eine Verdoppelung im Vergleich zum aktuellen

Wachstum, bemerkt das Finanzdepartement von Bundesrätin Karin Keller-Sutter zwar. Allerdings kann das Ziel, 2030 ein Prozent des BIP für die Armee auszugeben, so kaum erreicht werden. Mit dem Wachstumspfad des Bundesrates würde es frühestens 2035 erreicht. Es könnte also sein, dass die Aufrüstungssuppe heisser gekocht als gegessen wird.

SVP will demokratische Entscheide nicht akzeptieren

Vor zwanzig Jahren, am 10. September 2002, hat eine Mehrheit von Volk und Ständen dem Beitritt der Schweiz zur UNO zugestimmt und damit auch die UNO-Charta zu Schweizer Recht in Verfassungsrang erhoben. Offensichtlich hat die SVP ihre damalige Niederlage bis heute nicht akzeptiert und versucht unter dem Vorwand der Neutralität immer wieder die aktive Beteiligung der Schweiz an UNO-Aktivitäten zu hintertreiben. So mit lautstarkem Getöse – der Forderung nach einer Sondersession des Parlamentes am 10. März 2022 – gegen die

Kandidatur der Schweiz für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat, als ob der nicht längst überfällig war.

Die letzten zwei Jahrzehnte in der UNO und schon vorher die Beteiligung an militärischen Friedensmissionen von Korea bis Kosovo haben mehr als deutlich gezeigt, dass Neutralität kein Hinderungsgrund für ein aktives internationales Engagement ist – im Gegenteil. Wie der Bundesrat in der Botschaft zum UNO-Beitritt ausgeführt hat: Wer in den Fällen, in denen die UNO gegen jene vorgeht, die den Weltfrieden gebrochen haben oder ihn gefährden, sich nicht hinter die UNO stellt, stellt sich auf die Seite des Aggressors.* Dass sich die SVP für ihre Forderung auf die Neutralität beruft, ist entlarvend.. Sie will, dass Geschäfte mit den schlimmsten Diktatoren und Gewaltherrschern möglich sind, bis hin zu Kriegsmateriallieferungen. Ihre Fraktion in den Eidgenössischen Räten hat erst am 1. Oktober letzten Jahres geschlossen dagegen gestimmt, dass Waffenausfuhren in Bürgerkriegsländer verboten werden sollen.

Das Ansinnen der SVP, die Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat mittels einer Sondersession zu stoppen, gehört ins Kapitel politischer Klamauk und verursacht unnötige Kosten wie überflüssigen Aufwand. Es ist deshalb zurückzuweisen. Sinnvoll ist die Vorbereitung auf die aktive Mitarbeit der Schweiz im bedeutendsten Gremium der UNO. Sie hat da einiges zu bieten und kann ihren internationalen Einsatz für Frieden, Menschenrechte und Demokratie weiter entwickeln. In diesem Unterfangen wird sie von einer breiten NGO-Koalition unterstützt, die sich bereits jetzt auf die Herausforderungen der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat vorbereitet.

* «Die UNO geht im Auftrag der Völkergemeinschaft gegen jene vor, die den Weltfrieden gebrochen haben oder ihn gefährden. Zwischen der UNO und diesen Parteien kann gar keine Situation entstehen, die mit dem Neutralitätsstatut der Schweiz nicht zu vereinbaren ist. Wer sich in solchen Fällen nicht hinter die Ordnungsmacht stellt, stellt sich auf die Seite des Aggressors.»

Botschaft vom 4. Dezember 2000 über die Volksinitiative «Für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)».



Bodensee-Friedensweg in Bregenz im Zeichen des Krieges gegen die Ukraine

Nach den coronabedingten Unterbrüchen fand am Ostermontag, 18. April 2022 in Bregenz wieder der traditionelle länderübergreifende Bodensee-Friedensweg statt. Mehr als 600 Menschen versammelten sich auf dem Kornmarkt, wo der Bregenzer Bürgermeister Michael Ritsch, der auch einer der Mayors for Peace ist, der weltweiten Vereinigung von Bürgermeistern gegen Atomwaffen, ein Grusswort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer richtete. Zwei Aktivistinnen der Fridays-for-Future-Bewegung betonten die Dringlichkeit, alles zu unternehmen, um der Klimakrise zu begegnen. Diese war der ursprüngliche Hauptpunkt des Friedensweg-Aufrufes («Es geht ums Ganze! Klima. Gerechtigkeit. Frieden»). Mit einer Schweigeminute wurde den Opfern der gegen sämtliche Regeln des Völkerrechts verstossenden russischen Aggression gegen die Ukraine gedacht.

An der Abschlusskundgebung äusserten sich drei Rednerinnen und Redner zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekten heutiger Friedensarbeit. Lea Suter aus der Schweiz plädierte für eine umfassende Friedenskultur und wünschte sich eine mutige Schweiz, die ihren Handlungsspielraum nutzt, um das Blutvergiessen in der Ukraine zu beenden; sie forderte eine massive Verschiebung von Ressourcen von der militärischen Verteidigung zu friedenserhaltenden Massnahmen. Johannes Falch aus Österreich sprach sich für die Transformation der Wirtschaft zu einer ethischen und nachhaltigen Marktwirtschaft aus. Claus Kittsteiner aus Deutschland zeichnete eine friedensbewegte Tour d'Horizon als «Kind des Zweiten Weltkrieges» seit damals bis heute und warb eindringlich für eine Verhandlungslösung im laufenden Ukrainekrieg.

Am ganzen Friedensweg stand die aktuelle Situation nach dem Angriff Putins auf die Ukraine im Vordergrund. Nachdem sich die Menschheit lange Zeit mit der vorgeblichen Abschreckungswirkung der Atomwaffen mehr oder weniger abgefunden hatte, hat Putins offene Drohung mit dem Einsatz von sogenann-



Aktuelle Informationen:
www.bodensee-friedensweg.org

Es geht ums Ganze!

KLIMA . GERECHTIGKEIT . FRIEDEN

Internationaler Bodensee-Friedensweg

Ostermontag | 18. April 2022 | in Bregenz

14:00 Begrüssung am Kornmarkt
Moderation: Thara Amann, Österr. Druiden-Orden und Frieder Fahrbach, Friedensregion Bodensee e.V.
Grüßwort: Michael Ritsch, Bürgermeister von Bregenz, Mayor for Peace
Umweltfrieden: Sophia (A), Xenia Unsel (CH) und Liz Bartusch (D), Fridays for Future

14:30 Umzug am See zum Friedenspflahl am Festspielhaus
 Schweigeminute, Rückweg zum Kornmarkt durch die Stadt

15:15 Abschlusskundgebung auf dem Kornmarkt
Gesellschaftlicher und politischer Frieden: Lea Suter, Forum für Friedenskultur Ilanz
Wirtschaftlicher Frieden: Johannes Falch, Gemeinwohl-Ökonomie Voralberg
Militärischer Frieden: Claus Kittsteiner, Friedensregion Bodensee e.V.
 Friedensmarkt – Ideen zum Mitmachen, Initiativen stellen sich vor
 Verpflegung foodwaste-Projekt und Musik

17:00 Ende des Bodensee-Friedensweges

  **Corona: Masken auf und Abstand halten!**
 Bitte kurzfristige Änderungen beachten!
www.bodensee-friedensweg.org
www.facebook.com/Bodensee-Friedensweg/
 V.i.S.d.P.: Frieder Fahrbach, Lindaui

Internationaler Bodensee-Friedensweg 

ten taktischen Atomwaffen im Krieg gegen die Ukraine unmissverständlich in Erinnerung gerufen, dass Atomwaffen nicht nur die gegenseitige Auslöschung begrenzen sollen, sondern als Erpressung in konventionellen Kriegen dienen. Die Forderung nach einer weltweiten atomaren Abrüstung ist deshalb dringlicher denn je, der bisher unterlassene Beitritt Deutschlands und der Schweiz zum UNO-Atomwaffenverbotsvertrag wurde in beiden Ländern schon lange kritisiert und am Friedensweg vehement wiederholt.

Kontroverse am Berner Ostermarsch zu den Sanktionen gegen Russland

Dem Auftritt der Basler «Friedensbewegung» am Berner Ostermarsch folgte in der Wochenzeitung WOZ am 28. April der kritische Artikel «Putin-Freunde am Ostermarsch», da dort u.a. auf einem Transparent «Verhandlungen statt Sanktionen» gefordert worden waren. Da der Redaktion der Lapsus unterlief, in einem zentralen Kasten den «Friedensrat» statt die «Frie-

densbewegung» anzuführen, haben wir am 5. Mai mit einem Leserbrief reagiert:

«Ihr habt den seltsamen Auftritt der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) am diesjährigen Ostermarsch in Bern aufgegriffen. Allerdings ist euch dabei ein Fehler unterlaufen. Im Quote des Artikels steht: «Der «Friedensrat» gibt der Nato die alleinige Schuld an der russischen Aggression.» Das ist mitnichten die Haltung des Schweizerischen Friedensrates (SFR). Dieser ist nicht der Schweizer Zweig des «Weltfriedensrats», er ist älter. Wir wurden 1945 von jenen Organisationen gegründet, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg am Aufbau einer friedlichen Nachkriegsordnung beteiligen wollten. Der «Weltfriedensrat» wurde 1949 unter Federführung von Stalins Sowjetunion gegründet. Dabei war der Name «Friedensrat» für den Schweizer Ableger nicht mehr frei, und so wich er auf «Friedensbewegung» (SFB) aus, womit aber auch implizit ein Alleinvertretungsanspruch erhoben wurde.»

Rundtisch zu Friedenspolitik

Am 18. Mai organisierte IRAS-COTIS, die «Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz», in ihrer Reihe «En route: Table Ronde» ein Rundtischgespräch zum Thema «Friedenspolitik. Eine Überlebensfrage». Genauer gesagt waren es drei parallele Gespräche mit je einer Leitfrage: 1. Der Krieg löst Angst und Ohnmacht aus. Wie gehen wir als Gesellschaft damit um? 2. Abschreckung, Widerstand, Aufrüstung. Wie entrinnen wir der Gewaltspirale? 3. Zivile Friedensförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wo besteht Bedarf und was ist unser Beitrag? Am Gespräch zur zweiten Leitfrage war Ruedi Tobler beteiligt.

Die Jahresversammlung vom 20. Mai

Der Krieg gegen die Ukraine stand erwartungsgemäss im Zentrum unserer Jahresversammlung vom 20. Mai in Zürich. Neben den üblichen Vereinsgeschäften wie den Wahlen in unsere Gremien (alle Bisherigen wurden bestätigt, vom Präsidenten und den Vorstands-

mitgliedern bis zum Revisor) führten wir ein spannendes Gespräch mit dem Generalsekretär der katholischen Justitia et Pax aus Freiburg, Wolfgang Bürgstein, der Gedanken aus christlicher Sicht zum Krieg gegen die Ukraine darlegte, die sich auch auf Diskussionen in deutschen kirchlichen Kreisen bezogen. Dabei schälte sich heraus, dass das Recht der Ukraine auf eine Selbstverteidigung gegen die russische Invasion ziemlich unbestritten war.

Dialog zur Sicherheitsrats-Mitgliedschaft

Am 9. Juni wählte die UNO-Generalversammlung die Schweiz mit einem Spitzenresultat (187 von 190 Stimmen) als nichtständiges Mitglied für 2023/24 in den UNO-Sicherheitsrat. Zur Vorbereitung und Unterstützung hatte sich bereits 2021 eine zivilgesellschaftliche Plattform unter der Leitung der GSUN (Gesellschaft Schweiz-UNO) gebildet, die mit dem Aussenpolitischen Departement in einem «strukturierten Dialog» steht. Der erste Dialog 2022 fand am 30. Juni statt. Dabei ging es zur Hauptsache um die erfolgreiche Wahl in den Sicherheitsrat, die vom Bundesrat festgelegten Prioritäten der Schweiz und die Arbeitsmethoden aus Schweizer Sicht:

– **Nachhaltigen Frieden fördern:** Die Schweiz verfügt in der Friedensförderung und der Konfliktverhütung über eine lange Erfahrung und einen guten Leistungsausweis. Sie wird als glaubwürdige Akteurin weltweit geschätzt.

– **Zivilbevölkerung schützen:** Die langjährige humanitäre Tradition und der Einsatz für das humanitäre Völkerrecht der Schweiz sind anerkannt. Der Schutz der Zivilbevölkerung steht im Zentrum zahlreicher Konfliktsituationen auf der Agenda des Sicherheitsrates – auch im Zusammenhang mit der Ukraine.

– **Klimasicherheit angehen:** Der Klimawandel bedroht die Sicherheit und Stabilität vieler Staaten und gilt als Risikomultiplikator. Die Schweiz besitzt auch in diesem Bereich Expertise, die sie im Sicherheitsrat einbringen kann.

– **Effizienz stärken:** Die Schweiz setzt sich seit vielen Jahren für mehr Transparenz, Rechen-



schaftspflicht und Einbezug von Nichtmitgliedern in die Arbeit des Sicherheitsrates ein. Diese Reformbestrebungen sollen fortgesetzt werden.

Der zweite Dialog 2022 am 12. Dezember war einerseits einem Rückblick auf die Testphase im 4. Quartal inklusive einem verwaltungsinternen Testlauf gewidmet, andererseits einer Vorschau auf die Aktivitäten im 1. Quartal 2023. Da kommt einiges auf die Schweiz zu, weshalb auch der Einbezug der NGO einiges zu reden gab. Dass wir nicht zu grosse Erwartungen haben dürfen, hatte sich bereits am 5. Mai an einem Webinar der GSUN gezeigt, an dem die Erfahrungen aus Irland vorgestellt wurden. Eine ständige Präsenz in New York wird sich das Schweizer NGO-Netzwerk nicht leisten können. Vorgestellt wurden auch die Resolution zu Klima und Sicherheit, die am Veto Russlands scheiterte, und die Schwerpunkte, welche die Schweiz zu «Frauen, Frieden, Sicherheit» einbringen will.

Blocher stösst Neutralitätsinitiative an

Als Reaktion auf die vom Bundesrat beschlossenen Sanktionen kündigte Christoph Blocher am 25. Juli die Lancierung einer Neutralitätsinitiative an. Zur Erinnerung: Bereits am 30. August 2011 war eine Neutralitätsinitiative lanciert worden («Für eine neutrale weltoffene und humanitäre Schweiz»), damals von der Auns, die vorsah: «Die Schweiz ist neutral. Sie verfolgt den Grundsatz der immerwährenden bewaffneten Neutralität (Art. 54a, neu).» Und dazu: «Die Armee leistet Einsätze im Ausland ausschliesslich im Rahmen der Katastrophenhilfe (Art. 58 Abs. 2bis; neu).» Aber die Unterschriftensammlung funktionierte nicht, sodass die Frist für die Unterschriftensammlung am 13. März 2013 erfolglos ablief.

Dies bedeutete auch das Ende für die Auns. Darum wurde eine neue Organisation aufgestellt: «Pro Schweiz». Damit sie nicht an der Unterschriftensammlung scheitert, wurde



Ueli Wildberger

Nach langer Krankheit ist Ueli Wildberger am 23. Januar 2023 in Zürich gestorben. Schon seit seiner Zeit als Theologiestudent hat er sich für Frieden und ganz besonders für Gewaltfreiheit eingesetzt und mit seinem Engagement den Versöhnungsbund (IFOR Schweiz) geprägt. Wenn es irgendwo die Möglichkeit gab, sich mit gewaltfreien Aktionen gegen zerstörerische Projekte zu wehren, war Ueli Wildberger in seinem Element – vom Widerstand gegen das geplante AKW in Kaiseraugst und gegen dasjenige in Gösgen über jenen gegen den Waffenplatz in Neuchlen-Anschwilen, gegen die Waffenschau W'81 in Winterthur, wo er einen Menschenteppich vor deren Eingang organisierte, bis zu Aktionen gegen die Wehrschauen in Zürich und Frauenfeld, um nur die bekanntesten zu erwähnen.

Es war ihm ein Anliegen, dass die Aktionen seriös vorbereitet und die Beteiligten in gewaltfreier Aktion geschult wurden. Die Einführung darin hat er sich bei Jonathan Sisson geholt. Schon früh hat Ueli sich mit den Grundlagen der Gewaltfreiheit auseinandergesetzt. Er war aktiv mit dabei in einer Arbeitsgruppe, die Willi Kobe ins Leben gerufen hatte und die eine gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung der Schweiz erarbeitete, die «Soziale Verteidigung». 1976 konnte der Friedensrat dieses Konzept als Buch herausgeben, das die erfolgreichste Publikation in dessen Geschichte wurde.

Um das gewaltfreie Gedankengut auch in die Ostschweiz hinauszutragen, siedelte Ueli das Sekretariat des Versöhnungsbundes in St. Gallen an, mit einem klaren Schwerpunkt in der Bildungsarbeit, um das gewaltfreie Gedankengut in das öffentliche Bildungswesen hineinzutragen und um Aktivistinnen und Aktivisten eine Grundlagenbildung zu vermitteln. Es war erstaunlich, wie sich Ueli – später zusammen mit seiner Lebenspartnerin France – mit minimalen finanziellen Mitteln durchs Leben geschlagen und darauf verzichtet hat, sich finanziell abgesichert als Pfarrer zu etablieren. Das Leben und Wirken Mahatma Gandhis war ihm persönliches wie politisches Vorbild. Hinterlassen hat er eine einzigartige Bibliothek mit internationalen Schriften zur Gewaltfreiheit und ein Vermächtnis der Kraft gewaltfreien Handelns.

Ruedi Tobler

Walter Wobmann ins Initiativkomitee gesetzt, der sich mit islamfeindlichen Initiativen profiliert hat. Blocher selbst hält sich bei der Initiative vornehm im Hintergrund. Im dritten Absatz des Volksbegehrens zur «Wahrung der schweizerischen Neutralität» wird aufgeführt, dass sich die Schweiz «nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt und auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegsführende Staaten trifft. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Na-

tionen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.»

Interessanterweise will ausgerechnet eine Initiative aus SVP-Kreisen die UNO-Mitgliedschaft der Schweiz in der Bundesverfassung festschreiben – was die Initiative allerdings nicht akzeptabler macht. Denn der Zweck der Initiative ist ganz klar die Verhinderung der Beteiligung der Schweiz an Sanktionen der EU. Das Bekenntnis zur UNO ist taktischer Natur und soll von der anvisierten EU ablenken.

Recht auf Frieden für alle Menschen

Erstmals seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine fand am 17. September in St. Gallen die Kundgebung zum UNO-Friedenstag statt. Trotz des widrigen Wetters sind dieses Jahr knapp hundert Leute gekommen. Die Hauptreferentin Maja Hess, Präsidentin von Medico International Schweiz, berichtete vor allem über den türkischen Angriffskrieg in Shengal, Nordirak gegen die ezi-dische und in Rojava, Nordostsyrien gegen die kurdische Bevölkerung, von der ethnischen Säuberung, der systematischen Vertreibung der kurdischen Menschen in Rojava, die von Präsident Erdogan vorangetrieben wird, um in deren ursprünglichen Dörfern und Städten türkische und arabische Gruppierungen anzusiedeln.

Der Krieg richtet sich auch gegen die Idee der Selbstverwaltung, der Selbstbestimmung, des demokratischen konföderalen Systems, in dem Menschen verschiedener Ethnien und Religionen ihren sozialen Alltag, ihr politisches und wirtschaftliches Leben gemeinsam organisieren können. Der Krieg richtet sich ausserdem gezielt gegen die kurdischen oder ezi-dischen Frauen und Mädchen, gegen ihre Bestrebungen nach Freiheit, Gleichberechtigung, politischer Teilhabe und Würde. Im kommenden Jahr wird es erneut eine Kundgebung zum UNO-Friedenstag geben, es wird das 10-Jahres-Jubiläum sein. Wird dann die Warnung vor der Eskalation der russischen Aggression zum Atomkrieg im Zentrum stehen – oder die Freude über das Ende von Putins Kriegspolitik?

Die Kundgebung vom 16. Dezember, die wir mitgetragen haben, schloss an die Friedensdemonstrationen vom Februar und April 2022 an. Sie erweiterte den Fokus um weitere bewaffnete Konflikte, von denen Menschen in aller Welt betroffen sind. Aus dem Aufruf: «Als Teil der Schweizer Zivilgesellschaft beschäftigten uns diese Konflikte, und wir wünschen uns ein rasches und engagiertes Handeln der offiziellen Schweiz. Gemeinsam wollten wir in der Adventszeit ein Zeichen für den Frieden, die Freiheit und den Schutz aller Menschen vor Gewalt setzen.» Die Trägerorganisationen der Kundge-

Adventskundgebung in Zürich

bung riefen die Schweiz dazu auf, ihren Beitrag zum Frieden, zum Schutz der Menschenrechte und zur Sicherheit auf dieser Welt zu leisten. Eine nächste Friedensdemonstration mit unserer Unterstützung findet am 25. Februar 2023 in Bern zum Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine statt.

Unzählige Auseinandersetzungen gab es in den diversen Organisationen, das Dilemma von PazifistInnen wurde diskutiert, Haltungen infrage gestellt, es gab Sondersendungen im Fernsehen, Berichterstattungen in den Medien, die Rolle der Kirchen mit Stellungnahmen, in Sonderheften und Veranstaltungen wurde thematisiert. Selbstverständlich hat der Krieg auch die Themensetzung in der **FRIEDENSZEITUNG** des letzten Jahres stark beeinflusst. Die Vorstellung der vier Nummern von 2022 findet sich auf Seite 22 dieses Jahresberichts.

Zivildienst dem Zivilschutz unterordnen?

Die Bürgerlichen in den sicherheitspolitischen Kommissionen der Eidgenössischen Räte haben es nicht verwunden, dass die Gewissensprüfung für Militärdienstverweigerer abgeschafft worden ist und dass der Zivildienst unter den Wehrpflichtigen so beliebt ist. Ein ums andere Mal lancieren sie deshalb Angriffe auf ihn. Nachdem sie mit der gesetzlichen Ab-



bauvorlage 2020 bereits in der Schlussabstimmung im Nationalrat scheiterten, versuchen sie nun, den Zivildienst dem Zivilschutz unterzuordnen.

Die Grundlage dafür hat das VBS unter dem harmlosen Begriff «Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems» geschaffen. Dazu hat es zwei Berichte herausgegeben, den ersten zu kurz- und mittelfristigen Massnahmen 2021 (siehe **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 38 vom September 2021), den zweiten zu längerfristigen Massnahmen im März 2022 (siehe **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 41 vom Juni 2022). Die dort präsentierten vier Varianten würden alle eine Revision der Bundesverfassung erfordern. Im Januar 2023 ist die in Aussicht gestellte Vernehmlassung lanciert worden, die bis am 2. Mai dauert. Wie angekündigt ist der Kernpunkt der angestrebten Revision des Zivilschutzgesetzes die Unterordnung des Zivildienstes unter den Zivilschutz. Die Vorlage verzichtet auf eine Verfassungsänderung und damit auf eine Er-

weiterung der Dienstpflicht auf die Frauen. Aber die Zivildienstler sollen nicht mehr selber über ihr Einsatzgebiet entscheiden können, sondern können gezwungen werden, statt Zivildienst Zivilschutzdienst zu leisten und dort erst noch länger als die Zivilschützer eingesetzt zu werden.

Der Prix Civiva wurde im November 2022 dem Schweizerischen Roten Kreuz verliehen, denn während der Covid-19-Pandemie leisteten Zivildienstler 37'000 zusätzliche Dienstage zu den üblichen Einsätzen im Pflege- und Gesundheitsbereich. Ruedi Tobler hat den Friedensrat jahrelang im Civiva-Vorstand vertreten, trat aber auf Ende 2022 zurück. Nachrücken wird Vorstandsmitglied Heinz Bähler aus Luzern.

Sicherheit neu denken

Im Jahresbericht 2021 hatten wir ausgeführt, dass wir nicht die Federführung für ein Schweizer Projekt zu «Sicherheit neu denken» übernehmen werden. Der Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nun aber viele Fragen zu einer künftigen Sicherheits- und Friedenspolitik der Schweiz aufgeworfen. Sind beispielsweise Abrüstungsfragen obsolet oder erst recht entscheidend geworden? Braucht es ganz neue Ansätze für eine langfristige Friedenspolitik? Die Kriegssituation hat uns nun zur Überzeugung gebracht, dass wir das Projekt «Sicherheit neu denken» selber an die Hand nehmen müssen, wenn in der Schweiz ein solches zustande kommen soll. Unser Arbeitsschwerpunkt für das laufende Jahr ist also gegeben. Am 21. Januar 2023 haben sich bereits verschiedene Personen aus Friedensorganisationen in Zürich getroffen, am 4. März geht es weiter. Haben Sie Lust, mitzudenken? Wir würden Sie über diese Arbeit gerne auf dem Laufenden halten, wenn Sie uns per Mail an info@friedensrat.ch schreiben. Wir sind schon jetzt gespannt, was wir Ihnen im nächsten Jahresbericht werden vorlegen können.

Ruedi Tobler

Einladung zur Mitarbeit

Wer hat Lust, Sicherheit neu zu denken?



Sicherheit neu denken

Von der militärischen
zur zivilen Sicherheitspolitik –
Ein Szenario bis zum Jahr 2040

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Über das Leben der ukrainischen Flüchtlinge in der Schweiz

Diana Schenkel

Diana Schenkel arbeitete als europäische Freiwillige vom August 2018 bis Juli 2019 auf dem Sekretariat des Friedensrates in Zürich (siehe ihren Bericht im SFR-Jahresbericht 2018). 2021 kam die junge Ukrainerin wieder in die Schweiz, zog nach Winterthur, heiratete und gebar eine Tochter. Sie stieg in die Vorstandsarbeit beim SFR ein und hätte 2022 eigentlich gerne wieder im Sekretariat die Geschichte des Friedensrates mitgeprägt. Der 24. Februar veränderte alles. Sie berichtet über die schwierige Zeit seit dem Krieg in ihrer Heimat.

Ich bin in der Zentralukraine geboren, in Winnizja. Die Stadt ist zwei bis drei Stunden von Kiew entfernt und etwa dreimal so gross wie Winterthur. Es sind in Winnizja sogar 110 alte Züri-Trams unterwegs. Seit März 2023 arbeite ich als interkulturelle Dolmetscherin für die Stadt Winterthur. Ich bin dabei, wenn Geflüchtete aus der Ukraine zum Beispiel einen Termin bei den Behörden, beim Sozialdienst, bei der Ärztin oder in der Schule haben. Jedes Gespräch beginnt mit enormem Dankeschön von den UkrainerInnen für die Möglichkeit, hier zu sein und für die Sicherheit, die sie in der Schweiz haben. Es ist einerseits schön, meinen Landsleuten helfen zu können. Aber auch schwierig, weil ich den Krieg und die Schicksale jeden Tag sehr nah miterlebe und mitfühle. Abschalten am Abend ist nicht immer einfach für mich.

In Winterthur wohnen heute etwa 900 ukrainische Geflüchtete. Im Alltag nimmt man sie vielleicht nicht so wahr. Auch weil viele rein optisch nicht auffallen. Es sind vor allem Frauen mit Kindern, da ihre Männer nicht ausreisen dürfen. Sich in der Schweiz zu integrieren, ist sehr schwierig für sie. Sport, Vereine, Kino, Hallenbad oder Kunsthaus – das alles kostet. Viele versuchen mit den beschränkten finanziellen Mitteln, noch Freunde und Verwandte in der Ukraine zu unterstützen. Häufig sind es die

Grosseltern, die in der Ukraine geblieben sind und die auf die Unterstützung angewiesen sind.

Mit dem Status S hätten die Geflüchteten eine Arbeitserlaubnis. Aber einen Job finden, ohne deutsch zu können, ist schwierig. Diejenigen, die aus besetzten Gebieten kommen und hier bleiben wollen, besuchen Intensivdeutschkurse. Besonders die jungen Geflüchteten fühlen sich noch sehr mit dem Alltag in der Ukraine verbunden. Sie haben Online-Schulunterricht oder Vorlesungen. Und alle rechnen immer noch damit, dass sie irgendwann zurückkehren können. Nicht in diesem Winter, der extrem hart werden wird, aber vielleicht im Frühling oder im Sommer.

Am meisten schätzen die UkrainerInnen, dass sie sich hier sicher fühlen können. Dafür sind sie extrem dankbar. Kulturell sind sie gar nicht so weit von den DeutschschweizerInnen entfernt. Trotzdem kommt es immer wieder zu Missverständnissen. Dass der Staat die Kita-Kosten bezahlt, ist für eine Ukrainerin zum Beispiel selbstverständlich. Und dass es so schwierig ist, in einer Grossstadt eine Wohnung zu finden, ist für viele seltsam. Ich bin froh, dass ich sie als Dolmetscherin unterstützen kann, um diese Unterschiede zu erklären.

Die Behörden haben in den vergangenen Monaten dazugelernt. Zum Beispiel, dass russischsprachige Angebote nicht automatisch funktionieren, nur weil es sprachlich passt. Die Beziehungen zu RussInnen sind angespannt und seit Kriegsausbruch sehr kompliziert geworden. Putin hat Russland in den Krieg hineingerissen, aber gleichzeitig sind autokratische Strukturen Teil der russischen Geschichte. Dass ein Machtapparat diktiert und notfalls Gewalt anwendet, scheint irgendwie Teil der russischen Identität zu sein. Und man nimmt es dort einfach so hin. Dafür habe ich immer weniger Verständnis. In der Ukraine ist die Zivilgesellschaft viel stärker und aktiver.



Eine Reise durch Afrika: der Friedenskalender 2023

Der im Oktober 2022 zum 27. Mal erschiene-
ne Postkartenkalender des Schweizerischen
Friedensrates nimmt uns mit eindrücklichen
Porträts von Frauen, Kindern und Männern
auf eine Reise durch Afrika. Die Fotos stam-
men von Holger Hoffmann, Armin Mösing-
er und Stefanie Anderegg und führen uns in den
Tschad, nach Äthiopien und nach Tansania
bzw. auf die Insel Sansibar, Länder, die durch
den Klimawandel und dessen Folgen – Dürre-
perioden sowie eine verstärkte Heuschrecken-
plage oder Starkregen – ungemein stark betrof-
fen sind.

Klimabedingte Schäden wirken sich be-
sonders auf den afrikanischen Kontinent aus,
einerseits wegen seiner geographischen Lage,
andererseits sind die Menschen aufgrund ihrer
Armut besonders gefährdet. Wegen der
beispiellosen Überschneidung von Krisen –

Klimawandel, Corona-Pandemie und Kriege
– hat sich die weltweite Ernährungsnotlage
verschärft. Die Preise für Lebensmittel, Brenn-
stoffe und Düngemittel wurden insbesondere
auch durch den Krieg in der Ukraine in die
Höhe getrieben. Besonders dramatisch ist die
Lage am Horn von Afrika, zu dem Somalia,
Äthiopien, Kenia, Sudan, Dschibuti und Eritrea
gehören. Zudem herrschen hier seit vier Jahr-
zehnten die schlimmsten Dürren in Regionen,
die zu den konfliktträchtigsten und fragilsten
der Welt zählen. Demzufolge sind sie auch die
wichtigsten afrikanischen Herkunfts- und Auf-
nahmeländer von Flüchtlingen und Binnen-
vertriebenen. Das World-Food-Programm der
UNO zählte vor der Pandemie weltweit 150
Millionen Menschen in akuter Not, die von
Hunger bedroht waren, drei Jahre später sind
es 350 Millionen Menschen.

In diesem Sinne zeigen die Fotos von Hol-
ger Hoffmann eindrücklich, wie die Araberno-
maden in der tschadischen Savanne mit ihren
Kamelen, Eseln und Schafen auf der Suche nach
neuen Weidegründen und Wasser unterwegs
sind. Die Fotos von Armin Möisinger führen
uns nach Äthiopien zu den Afars, eine Bevölke-
rung, die im Norden Äthiopiens an der Grenze
zu Eritrea lebt, sich gezwungenermassen an
die Auswirkungen des Klimawandels anpassen
muss und jetzt in einer marsähnlichen Land-
schaft ums Überleben kämpft. Beide Beiträge
zeigen jedoch auch, wie die Menschen den un-
wirtschaftlichen Gegenden zu trotzen versuchen.

Francine Perret

Weitere Informationen zum Kalender 2023

In der September-Ausgabe Nr. 42/22 und der Dezember-Aus-
gabe 43/22 der **FRIEDENSZEITUNG** finden sich Hintergrund-
informationen zu diesem Friedenskalender mit Beiträgen zum
«Leben mit Kamelen im Tschad», zum «Unsichtbaren Feind
der Afars – wie der Klimawandel in Äthiopien das traditionelle
Leben der Nomaden unmöglich macht» und zu «Überfischung
macht Migration – Fischfang in den westafrikanischen Küsten-
regionen». Die Ausgaben sind erhältlich unter [info@friedens-
rat.ch](mailto:info@friedens-rat.ch). Hier kann auch der Friedenskalender 2023 nachbestellt
werden.

Weitere Aktivitäten des Friedensrates

Maria Ackermann, Vorstand

Intensive Vorstandstätigkeit wieder am Sitz des Sekretariats möglich

Der SFR-Vorstand konnte sich nach den schwierigen Coronajahren wieder regelmässig monatlich am Zürcher Gartenhof treffen, um die laufenden Aktivitäten zu planen und darüber hinaus in einem Klausurprozess die künftigen Schwerpunkte zu erarbeiten. Dabei kristallisierte sich heraus, dass wir den Themenbereich *Sicherheit neu denken* weiterführen wollen. Eine Arbeitsgruppe wurde aufgegleist, die sich am 21. Januar 2023 zum ersten Mal traf, um über eine zukünftige Friedens- und Sicherheitspolitik nachzudenken. Die Diskussionen sollen in Tagungen vertieft werden und auch beim Ilanzer Sommer 2023 einfließen. Wir sind zuversichtlich, dass wir im nächsten Jahresbericht über einen konstruktiven Prozess berichten und Impulse für eine Friedenspolitik setzen können.

Der Vorstand machte sich auch Gedanken zu der Struktur des Friedensrates. Peter Weishaupt wollte als Geschäftsleiter kürzer treten. Seine umfassende Tätigkeit wurde an der Jahresversammlung 2022 gewürdigt. Die finanzielle Situation erlaubte es vorläufig nicht, die Geschäftsstelle öffentlich auszuschreiben. Peter Weishaupt, der für eine minime Entschädigung weiter arbeitete, konnte gewisse Arbeiten im Auftragsverhältnis an Diana Schenkel übergeben. Aber um wesentliche Bereiche hat er sich weiterhin gekümmert, neben der Herstellung der **FRIEDENSZEITUNG**.

Der Rücktritt des Präsidenten Ruedi Tobler auf die kommende Jahresversammlung vom 26. Mai 2023 beschäftigte den Vorstand ebenso. Eine Nachfolgeregelung ist bei der Drucklegung dieses Jahresberichtes noch offen. Wir blicken auf ein intensives Vereinsjahr zurück. Herzlich danke ich allen, die diese Zeit des Debattierens, Schreibens, Organisierens mitgeprägt haben. An dieser Stelle sei auch allen

Ehrenamtlichen gedankt, die das Sekretariat unterstützt haben, wie beispielsweise bei den Versänden oder bei einer Entrümpelung des Kellers am Gartenhof. Damit der Friedensrat weiterhin ein Ort der Friedensförderung und Mitgestaltung der Schweizer Friedenspolitik ist, braucht es eine Verstärkung des Vorstandes oder Menschen, die in konkreten Arbeitsgruppen (z.B. beim Organisieren der Friedenscafés) mitarbeiten möchten. Interessierte sind herzlich zur Kontaktaufnahme eingeladen:

maria@ackermann@friedensrat.ch

Finanzkommission vor grossen Aufgaben

Die Finanzkommission des Vorstandes traf sich zu sechs Zoom-Sitzungen. Es galt, Finanzüberlegungen zu machen, neue Einnahmequellen zu finden. Gesuche an Stiftungen führten bis jetzt zu keinem messbaren Erfolg. Im Zusammenhang mit der Umstellung auf die QR-Rechnungsstellung bereitete uns die Adressverwaltung, sowohl für den Verein wie die **FRIEDENSZEITUNG**s-Abonnemente, etliche Sorgen, da sie veraltet und an ihre Grenzen gestossen ist, für deren Ersatz wir aber keine Investitionsmittel aufbringen konnten. Wir müssen dieses Problem aber 2023 unbedingt lösen. Den beträchtlichen finanziellen Verlustvortrag, der sich in den Vorjahren auf über 34'000 Franken summierte, können wir im Berichtsjahr dank niedrigeren Lohnaufwendungen voraussichtlich stabilisieren oder gar vermindern. Da die Rechnung fürs 2022 wie immer bei einem Jahresbericht, der Ende Januar in Druck geht, noch nicht abgeschlossen ist, können wir sie erst auf unsere Jahresversammlung im Mai hin präsentieren.

Das Café de la paix im 2022

Das 2021 wieder aufgenommene Café de la paix stellt rund zweimonatlich am letzten Montag

des Monats ein friedenspolitisches Thema in den Mittelpunkt und ist zu einem interessanten Format herangewachsen, das von den zahlreichen TeilnehmerInnen geschätzt wird. Eine Online-Zuschaltung ermöglicht auch jenen eine Teilnahme, die nicht nach Zürich ins Sekretariat am Gartenhof kommen können oder wollen.

28. März: Flüchtlingsmutter Gertrud Kurz – Empathie als Subversion

Aus dem von Stefan Howald herausgegebenem Buch «Projekt Schweiz – Vierundvierzig Porträts aus Leidenschaft» (Unionsverlag) stellte Susan Boos Gertrud Kurz vor. Der ihr verliehene Ehrentitel «Flüchtlingsmutter» zeigt die Wertschätzung, die man ihr als unermüdlicher Helferin entgegenbrachte, aber auch eine gewisse Geringschätzung, da sie so auf die traditionelle karitative Rolle der mütterlichen Frau beschränkt wurde. Sie selbst verkörperte in Erscheinung und Auftreten beide Seiten.

Gerade diese Ambivalenz hat die Publizistin Susan Boos frappiert und fasziniert. Boos war einst, Ende der 1980er-Jahre, selbst journalistisch stark mit der Flüchtlingspolitik beschäftigt, aber Gertrud Kurz, 1972 verstorben, erschien

auch im Rückblick nur als eine Randfigur. Für den im letzten Herbst erschienenen Porträtband hat sich Boos nunmehr intensiver mit Kurz beschäftigt, Gespräche mit Verwandten und Mitarbeiterinnen geführt, die Kurz noch gekannt haben. Und sie hat die umfangreichen Fichen im Bundesarchiv eingesehen, mit denen Gertrud Kurz nicht nur beim cfd (Christlicher Friedensdienst) ihre Spuren hinterlassen hat.

Zusammenfassung des Abends siehe www.friedensrat.ch/Aktivitäten/Friedenscafé.

23. Mai: Immigration, Internierung, Integrierung polnischer Soldaten

Eindrücklich schilderte an diesem Abend Stefan Paradowski, Präsident der Interessensgemeinschaft der Nachkommen internierter Polen in der Schweiz, das Leben der internierten polnischen Soldaten während des Zweiten Weltkrieges. Er zeigte anhand von Bildern, wo und wie damals die polnischen Männer ihr Leben verbrachten, wie sich das Leben in den Lagern abspielte. Es gibt kaum eine Gegend in der Schweiz, in der nicht auf Wanderwegen, die von polnischen Internierten erbaut worden waren, gewandert wird. Im Buch «Eine polnische Beziehungsgeschichte» (Chronos Verlag) erzählen Nachkommen von polnischen Internierten von ihren Erfahrungen. Es ist ein lebendiges, berührendes Zeitdokument.

20. Juni: Gegenwärtiger Zustand und Zukunft des Dienstpflichtsystems

Nicola Goepfert, der Geschäftsführer des Zivildienstverbandes Civiva, stellte im Juni die vom VBS in Bearbeitung stehenden Dienstpflichtmodelle vor. Es geht dabei um die langfristige Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems, um den Einbezug der Frauen ins Militär, um die Frage der Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz zu einem Katastrophenschutz. In der Diskussion zeigte sich, dass hier noch viele offene Fragen sind und dass kritisch auf die VBS-Pläne geschaut und darauf reagiert werden muss. Es steht in diesem Bereich noch einiges an Arbeit bevor.







Montag, 24. Oktober 2022
von 19:00 – 21:00 Uhr
 Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Der Atomwaffenverbotsvertrag und die Schweiz

Ein Gespräch mit:

Flavia Keller (sie/ihr), Studentin Konflikt- und Geschlechterforschung, Gründungsmitglied von Young WILPF Schweiz und Teilnehmerin an der ersten Staatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags in Wien.

Florian Eblenkamp, Mitarbeiter Kampagnen bei der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN).



24. August: Die Ukraine in Wort und Ton

Am 24. August 2022 fand das Café de la Paix zum Nationalfeiertag der Ukraine statt. An diesem Tag beging das Land den 32. Unabhängigkeitstag. 1991 hatte das ukrainische Parlament die Unabhängigkeit des Landes proklamiert. Um diese zu verteidigen, bezahlen die UkrainerInnen heute einen hohen Preis. Es lasen die ukrainische Schriftstellerin Halyna Petrosanyak und der Schweizer Philosoph Jeff Kochan aus eigenen Gedichten und Erzählungen. Die Geigerin und Sängerin Maria Perekrestenko und ihre Mutter Olga Petrova sangen ukrainische Lieder und spielten wunderschöne ukrainische Musik. Beim anschliessenden Apéro im Freien verweilten die vielen Gäste bis in den späten Abend. Die Veranstaltung wurde zusammen mit dem Netzwerk Schweiz–Transkarpatien/Ukraine, NeSTU, durchgeführt.

24. Oktober: Atomwaffenverbotsvertrag

Flavia Keller, Studentin der Konflikt- und Geschlechterforschung, Gründungsmitglied von

Young WILPF Schweiz und Teilnehmerin an der ersten Staatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags in Wien, sowie zusammen mit Florian Eblenkamp, Mitarbeiter bei der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), waren die ReferentInnen beim Café de la paix vom 24. Oktober.

Der Bundesrat hat den Entscheid über den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag auf 2023 verschoben. Weder die Neutralität noch die Konzeption einer eigenständigen Landesverteidigung sind für den Friedensrat ein vertretbarer Grund, um den Atomwaffenverbotsvertrag nicht umgehend zu ratifizieren. Nach eingehender Diskussion wurde von den Anwesenden beschlossen, den umgehenden Beitritt der Schweiz zu fordern. Der Friedensrat hat ein Communiqué zum Atomwaffenverbotsvertrag nach dem Café de la paix vom 24. Oktober veröffentlicht, dessen Wortlaut hier folgt.

Unverständliche Verzögerungstaktik

«Bei der Ausarbeitung des Atomwaffenverbotsvertrags hat sich die Schweiz erfreulich ak-

tiv beteiligt, konkrete Vorschläge eingebracht und bei der Annahme am 7. Juli 2017 in der UNO-Generalversammlung zugestimmt. Seither scheint jedoch der Faden gerissen zu sein. Bei der Unterzeichnungszereemonie des Atomwaffenverbotsvertrags am 20. September 2017 enthielt sich die Schweiz jedoch der Stimme und trotz verbindlichem Auftrag des Parlaments, mit der Annahme einer Motion im Juni bzw. Dezember 2018, hat der Bundesrat die Unterschrift bisher verweigert. Damals mit der Begründung, er wolle die Überprüfungskonferenz des Atomsperrvertrags abwarten, um die Haltung der Atomwaffenmächte einschätzen zu können.

Nach mehrfacher Verschiebung hat diese im August 2022 endlich stattgefunden. Trotzdem hat der Bundesrat den Entscheid über den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag auf 2023 verschoben – offensichtlich mit Rücksichtnahme auf die Nato. Seit dem Überfall Russlands unter Putin auf die Ukraine ist eine offizielle

Annäherung bis Anlehnung der Schweizer Armee und Sicherheitspolitik an die Nato innenpolitisch gegenüber der bisher sakrosankten Neutralitätspolitik salonfähig geworden. Weder die Neutralität noch die Konzeption einer eigenständigen Landesverteidigung sind für den Schweizerischen Friedensrat vertretbare Gründe, um den Atomwaffenverbotsvertrag nicht umgehend zu ratifizieren.»

28. November: Feminizid – Tötungsgrund Frausein

Alle zwei Wochen wird in der Schweiz eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet. Jede Woche überlebt eine Frau einen Mordversuch. Diese alltäglichen Gewaltakte werden allzu häufig unter den Teppich gekehrt und als tragische Einzelfälle dargestellt. Die Gruppe Ni Una Menos (Nicht Eine Weniger) in Zürich kämpft vielfältig gegen Feminizide und hat ihre Arbeit am Abend des 28. Novembers am Gartenhof vorgestellt. Medien machen sich einer patriarchalen Komplizenschaft schuldig, wenn sie von «häuslicher Gewalt», einem «Beziehungsdelikt» oder einem «Familiendrama» statt von einem Feminizid sprechen. Denn diese Begriffe sind nicht nur verharmlosend, sondern implizieren meist auch Mitschuld der ermordeten Personen. Diese gefährliche Ignoranz offenbart die patriarchale Haltung und reproduziert die herrschenden Gewaltverhältnisse.

Die Veranstaltung wurde zusammen mit der WILPF im Rahmen der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» organisiert. Diese findet jährlich vom 25. November bis 11. Dezember statt, wird vom cfd koordiniert und stand dieses Jahr unter dem Fokusthema Feminizid.

Aussenbeziehungen des Friedensrates

Ein Rückblick auf das Jahr 2022 zeigt, dass auch in den verschiedensten Gremien total spannende Auseinandersetzungen stattgefunden haben. Ist das eine neue Diskussionskultur in Gang geraten?






Montag, 28. November 2022
von 19.00 – 21.00 Uhr
 an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Feminizid –
Tötungsgrund Frau* sein

Ni Una Menos (nicht Eine weniger) ist eine Bewegung, die auch in der Schweiz aktiv ist. Sie wurde 2015 in Argentinien als Antwort auf die Tötung von Frauen* gegründet. Frauen* von Ni Una Menos von Zürich erzählen vom Engagement gegen Feminizide.

Tram 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd (eine Station nach Stauffacher, dann zweite Strasse rechts). Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter info@friedensrat.ch bis zum 26. November 2022 an und erhält dann den Zugangscode.



KOFF / Plattform Agenda 2030

Die Mitgliederversammlung vom 10. Mai widmete sich dem Anliegen der gemeinsamen Lernprozesse und wie die KOFF-Plattform diese als Friedensförderung etablieren und weiter entwickeln kann. Genutzt wurde auch der Austausch beim Apéro nach der Coronapause. An der Mitgliederversammlung der Plattform Agenda 2030 vom Mai gab es einen Austausch mit Bernhard Zianabitig von der österreichischen Schwesterorganisation SDG Watch Austria, was einen interessanten Blick über den Agenda 2030-Prozess in unser Nachbarland ermöglichte.

Der Ilanzer Sommer 2022

Bereits zum zweiten Mal fand die vom Forum für Friedenskultur im Kloster Ilanz durchgeführte Friedens- und Begegnungswoche statt, bei der Maria Ackermann mitbeteiligt war. Zusammen mit Jenny Heeb besuchte sie die Veranstaltung «Europa und welche Rolle spielt die Schweiz», bei der der Friedensrat Programm-

partner war. Die Workshops zur Konfliktprävention gaben wertvolle Anregungen, und die Wanderung auf den Piz Mundaun erlaubte einen persönlichen Austausch in der Surselver Bergwelt. Der nächste Ilanzer Sommer findet vom 9. bis 13. August 2023 statt. Maria Ackermann arbeitet in der Vorbereitung mit.

5. Schweizer Friedenskonferenz

Die bereits zum fünften Mal stattfindende Schweizer Friedenskonferenz wurde am 21. September in Basel vom KOFF und vom künstlerischen Kollektiv Politesse Publique gestaltet. Die Workshops zu den Themen Frauen, Frieden, Sicherheit, Migration und Frieden, Klimawandel und Sicherheit und Digitalisierung wurde mit einem Blick ins Jahr 2049 und einem Podium abgeschlossen. Diskutiert wurde auch der Einsitz der Schweiz im UNO Sicherheitsrat 2023–2024. Die nächste Friedenskonferenz findet im Vorfeld des Ilanzer Sommers am 8. und 9. August 2023 in Ilanz statt.

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

In die Friedensarbeit investieren – Legate, Schenkungen oder Erbschaften für den SFR

Der Schweizerische Friedensrat ist für seine kontinuierliche Friedensarbeit neben Mitgliederbeiträgen, Abonnementen der **FRIEDENSZEITUNG** und einmaligen wie regelmässigen Spenden auf zusätzliche Mittel angewiesen. Nur dank Ihrer Unterstützung können wir wichtige friedenspolitische Themen aufgreifen, unsere Informationsarbeit weiterführen und unsere Projekte verwirklichen.

Mit Ihrem Testament bestimmen Sie aktiv, wie Ihr Vermögen verwendet wird, und Sie können unsere Anliegen wirkungsvoll unterstützen. Legate und Erbschaften

haben eine besondere Bedeutung für uns, denn sie ermöglichen ein längerfristiges Engagement für den Frieden. Sie sind besondere Vermächtnisse, die in unserer Organisation vertraulich und respektvoll behandelt werden. Auch kleinere testamentarische Begünstigungen helfen uns, zukunftsicherer zu planen.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Wenden Sie sich an unseren Geschäftsleiter, Peter Weishaupt, Telefon 044 242 93 21, Mail: info@friedensrat.ch.

Die Friedenszeitung im Kriegsjahr 2022

Die vier Ausgaben der FRIEDENSZEITUNG im Berichtsjahr standen alle im Zeichen des russischen Krieges gegen die Ukraine. Für uns eine Selbstverständlichkeit, denn Putins imperialer Phantomschmerz hat zu einem monatelangen und wohl weiterhin anhaltenden brutalen Vernichtungskrieg gegen seine ›Brudernation‹ sowie zu einer millionenfachen Flüchtlingswelle ukrainischer Frauen und Kinder geführt und mit einem Schlag auch die europäische Sicherheitsarchitektur in Trümmern gelegt. Die russische ›militärische Spezialoperation‹, die gegen sämtliche denkbaren Völkerrechtsabkommen bis hin zur Drohung mit einem Atomwaffeneinsatz verstossen hat, hinterlässt als Kollateralschaden auch noch eine Friedensarbeit in den europäischen Ländern, die wohl auf Jahre hinaus beschädigt sein dürfte. Erstes Opfer hierzulande war die Volks-

initiative gegen den F-35-Kampffjet, die bei einer Abstimmung nicht die geringste Chance gehabt hätte.

Die erste Ausgabe der FRIEDENSZEITUNG von Anfang März haben wir um eine Woche verschoben, um auf Putins Aggression reagieren zu können. Mit einer völkerrechtlichen Einschätzung des Krieges, mit einer Dokumentation der ersten Proteste in Russland gegen den Krieg, mit einer klaren Stellungnahme zur Invasion. In der Juni-Nummer beleuchteten wir die Destabilisierung der Atomwaffenkontrolle und das Sanktionsregime gegen Russland, stellten neun Thesen zur internationalen Unordnung vor und riefen zu einem Botschaftsasyll für russische KriegsgegnerInnen auf.

In der Septembernummer stand die schweizerische Neutralität auf dem Prüfstand, die bei der Übernahme der europäischen Sanktionen

FRIEDENSZEITUNG

NR. 40 MÄRZ 2022

6. Ukraine-Krieg: Was kann die UNO machen? 11. Widerstand in Russland gegen Putins Krieg 13. Keine Neutralität gegenüber dem Aggressor 16. SVP-Amoklauf gegen die Sicherheitsratskandidatur	18. Vor der Wahl der Schweiz in den Sicherheitsrat 20. Ein Jahr nach dem Putinschlag auf sein Myanmar 24. 40 Jahre Frauenhäuser, 40 Jahre Schutz vor Gewalt 30. Es kann wieder beginnen: Veranstaltungskalender
---	---

Eskalation des Krieges Moskau gegen die ukrainische ›Brudernation‹

Putin droht mit Atomwaffeneinsatz

Alarmierung der russischen Atomstreitkräfte, unverhohlene Drohung Putins mit dem Einsatz, Besuch des grössten ANW in der Ukraine: Der am 24. Februar 2022 nach monatelangen Aufmarsch an der Grenze mit Raketenbombardierungen begonnene und mit Truppenbewegungen fortgesetzte Angriff russischer Militär auf die Städte der Ukraine ist eine Woche später – zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser FRIEDENSZEITUNG – in einem unvorstellbaren Ausmass eskaliert.

/ Peter Weishaup /

Trotz verzweifelter Gegenwehr der Ukraine gegen die voranschreitenden Panzerkolonnen im Donbas und gegen die Hauptstadt Kiew mit dem Blick auf Häuserkämpfe in den Metropolen ist eine totale Okkupation des Landes durch seine ›brüderlichen‹ Nachbarn wohl nicht abzuwenden. Die USA und die EU haben zwar eine Reihe von internationalen Sanktionen gegen die russische Wirtschaft beschlos-

sen in der Hoffnung, diese könnten Putin möglicherweise beirücken, haben einen militärischen Beistand der Ukraine seit dem Beginn des russischen Truppenaufmarsches an der Grenze vor mehr als drei Monaten aber von Anfang an ausgeschlossen und damit bisher eine offene Konfrontation der Nato mit den Invasionstruppen vermieden.

Der beschlossene Versuch, mit Sanktionen Putins von einem Angriff abzuhalten, wurde dabei von unserem Land mit seiner bedeutenden Rolle als Finanz- und Rohstoffhandelspartner beinahe torpediert. Es brauche vielfältigen tagelangen Druck, um den Bundesrat davon abzuhalten, nur gerade Umgehungsmaßnahmen der Sanktionen zu unterbinden.

Eine angelegte Vermittlungsrolle zu gewährleisten und die sukzessive Neutralitäts-ideologie aufzubrechen, dürfte als bedenklicher Vorwand dafür, Wir betreten uns im Editorial und in weiteren Beiträgen damit.

Es gab von Anfang an in Russland einen ungetrübten radikalen Widerstand gegen den Krieg der Führung, eine erste Erklärung russischer Friedensaktivistinnen und einen Ausschnitt des landesweiten Protestes dokumentieren wir ab Seite 12. Doch obwohl wir die Herausgabe dieser FRIEDENSZEITUNG um eine Woche verschoben, haben, wird sie erst Mitte März

Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG

NR. 41 JUNI 2022

6. Die Destabilisierung der Atomwaffenkontrolle 12. Das Sanktionsregime gegen Russland 16. Soziale Verteidigung: nicht kooperieren 19. Neun Thesen zur internationalen Unordnung	22. Ukraine und Syrien: Selektive Solidarität 26. Die Waffenassuratskritik 2021 28. Die Kraft der ukrainischen Literatur 29. Veranstaltungen und Bücher
--	---

Umbaupläne bei der Dienstpflicht

Den Zivildienst zertrümmern oder gar Zwangsarbeit einführen?

Der Zivildienst ist seit seiner Einführung vor gut 35 Jahren eine einmalige Erfolgsgeschichte. Doch das bringt ihm nicht nur Anerkennung, sondern auch erbitterte Gegenschläge, die allerdings kaum offen auftritt. Es sind vor allem Lobbyisten des politisch-militärischen Komplexes, die mit allen möglichen Mitteln versuchen, das Erfolgsmodell Zivildienst zu beschädigen oder zu beenden.

/ Ruedi Tobler /

Nach vor zwei Jahren, im Juni 2020, scheiterte die Gegenschläge in den Zivildienstverband. Circa war es mit geschickter Lobbyarbeit gelungen, in der Schlussabstimmung zu verhindern, dass eine Absauvergabe durchkam. Schikanen auf Verdienungsgebiete hatten sich allerdings nicht abzuwenden lassen und auch zu einem markanten Rückgang bei den Zulassungen geführt. Doch das ist den Geplänkelern des Zivildienstes in Parlament und Verwaltung nicht genug. Sie be-

schweigen seit Längerem eine Krise des Dienstpflichtsystems herauf mit Gefährdung bei Unterforderung der Bestände von Armeen und Zivildienst.

Wier Dienstpflicht-Varianten

Der für 2020 geplante Bericht zur ›Alarmierung von Armeen und Zivildienst‹ wurde vom VBS zweigeteilt: der erste Teilberichte ›Analyse und kurz- und mittelfristige Massnahmen‹ wurde am 30. Juni 2021 publiziert. Ausführend damit ausstehend, hat sich Nicolas Goeppert in der FRIEDENSZEITUNG Nr. 38 vom September 2021.

Im Folgenden soll der im März erscheinende Teilbericht ›Möglichkeiten zur langfristigen Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems genauer untersucht werden. Dabei lassen sich nur Aussagen wie die folgende aufhorchen:

Aus heutiger Sicht ist ungewiss, ob die Bestände von Armeen und Zivildienst [...] auf Dauer gesichert werden können. Im Hinblick auf eine nachhaltige Sicherung der Bestände werden deshalb parallel zu den kurz- und mittelfristigen Arbeiten auch Überlegungen zu grundlegenden, langfristigen Anpassungen des Dienstpflichtsystems angestellt.

Im Bericht werden vier Varianten für eine Weiterentwicklung des heutigen Dienstpflichtsystems vorgestellt, die alle eine Revision der geltenden Rechtsbestimmungen auf Stufe Bundesverfassung erfordern. Zusätzlich zu den vier Varianten enthält der Bericht im Sinne einer punktuellen Anpassung des heutigen – oder ›status quo plus‹ – die Einführung einer obligatorischen Teilform von Frauen am Orientierungstag. Auch diese warde eine Revision der Bundesverfassung erfordern.

Fortsetzung Seite 2

22

SFR-Jahresbericht 2022

- 1 Schwerpunkt: Die Neutralität auf dem Prüfstand
- 8 Neutralität: Gedehnt, relativiert, verliert
- 10 Zur Geschichte der ahldenössischen Neutralität
- 12 Unter der Oberfläche: Der AUKUS-Vertrag
- 16 Erste Staatenkonferenz des Atomvertrags
- 18 Ukraine: Putins imperiale Phantomschmerz
- 22 Friedenskalender 2023: Ein Leben mit Nomaden
- 24 Der unsichtbare Feind der Alra-Nomaden

Diskussion um die schweizerische Neutralität nach der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland

Neutrality reloaded

Das EDA unter Bundesrat Cassis hat einen Bericht zur aktuellen Auslegung seiner Neutralitätspolitik verfasst, den im Nachgang zum bundesrätlichen Entscheid vom 28. Februar 2022, sich den Sanktionen der EU gegen Russland wegen dessen vier Tage zuvor angezettelter Krieg gegen die Ukraine anzuschliessen. Seltener wird um die Praxis der Neutralität gestritten. Die SVP will gar die «immerwährende» Neutralität in der Verfassung verankern, in der sie bisher als Zielsetzung des Staates festgeschrieben ist. Eine Übersicht zum Stand der Diskussion.

/ Peter Weishaupt /

«Die Neutralität der Schweiz im 21. Jahrhundert», so heisst der Bericht des EDA unter der Ägide von Ignazio Cassis, der an den Bundesrat gelangt ist und am 31. August, also nach Relaktionsnachschub dieser Ausgabe der FRIEDENSZEITUNG, veröffentlicht werden soll. Er kommt zum Schluss, dass die gute alte Neutralitätskonzeption ausgereizt werden muss. Schliesslich ist die Landesregierung der Neudefinition der Neutralitätspolitik des Aus-

senministers an, soll der von ihm in seiner Einführung zum Weltwirtschaftsforum im Mai 2022 in Davos formulierte Begriff einer «kooperativen Neutralität» offiziell ausgedrückt werden. Kooperative Neutralität: So berichten es verschiedene Medien, die offenbar Einblick in den Entwurf des Berichts hatten. Cassis soll im neuen Papier fünf Neutralitätskonzepte vorgeben, von derjenigen der kooperativen Neutralität, das zielführendste ist. Es sieht vor, dass die Schweiz in Zukunft enger mit der EU und der Nato zusammenarbeitet, vor allem in der Sanktions- und Sicherheitspolitik. Cassis schlägt auch vor, dass

es künftig möglich sein soll, Rüstungsgüter aus der Schweiz in Kriegsgebiete wie die Ukraine weiterzuleiten, was bisher nicht möglich war (siehe Seite 4). Damit wird der Neutralitätsbegriff um ein weiteres Adjektiv bereichert – um auf der Geschichte vor etwa sieben Jahrhunderten, abstrakte, differenzielle, flexible, aktive oder traditionelle Neutralität als Staatsmaxime der Schweiz die Rede. Ohne jedoch den Bericht analysiert zu haben. Um eine Ablehnung der Neutralität wegen des Ukrainekriegs, gar von dem Abkühlen wird es keineswegs gehen, auch wenn dies die SVP in ihrer bekannten Skandalisierung behauptet. Aber um eine kleine Anpassung schen.

Knappe Vermeidung europäischer Isolation

Der Überfall Wladimir Putins auf die Ukraine mit der mit ihr einhergehenden gründlichen Zerstörung der europäischen Nichtkriegs-Friedensordnung hat einige vermittelschweizerische Geisteswissenschaftler auch bei uns im Westen gebracht. So hat die universitätsnahe und geistige Reaktion der Europäischen Union gegenüber dem russischen

Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG 42/22



- 1 Die Prioritäten der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat
- 6 Ukraine-Munition: Unterlassene Hilfeleistung
- 8 Emser Werke: Nazis, Nylon und Napalm
- 10 Das Emser Opalm im Einsatz in Yemen und Osttimor
- 18 Europas Sicherheitsarchitektur in Trümmern
- 22 Russlands atomare Macht
- 26 Ukraine: Tagebücher einer Invasion
- 28 Über die ukrainische Literatur

Die Prioritäten der Schweiz in den beiden nächsten Jahren im UNO-Sicherheitsrat

Was will und soll die Schweiz?

Am 1. Januar 2023 wird die Schweiz zum ersten Mal in ihrer Geschichte für eine zweijährige Periode Einsitz in den UNO-Sicherheitsrat nehmen. Damit wird sie die Gelegenheit haben, im für internationale Sicherheit wichtigsten multilateralen Forum ihre Interessen und Werte zu vertreten. Eigene Interessen und Werte zu vertreten, sondern auch die Interessen derjenigen Werte einzusetzen, für die ihre Ausenpolitik traditionell steht. Zusätzlich dürfte die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Schweiz eine ganze Reihe möglicher Vorteile bringen, darunter etwa einen wichtigen Erfahrungsgewinn für die Schweizer Diplomate, die Möglichkeit, internationale Netzwerke auszubauen sowie die Position des internationalen Geistes zu stärken.

/ Fabian Merz /

Am 9. Januar 2022 wurde die Schweiz von der UNO-Generalversammlung in New York mit 187 von 190 möglichen Stimmen für eine zweijährige Periode von 2023 bis 2024 als nichtständiges Mitglied in den UNO-Sicherheitsrat gewählt. Das Glanzereignis bei den Wahlen widerspiegelt die Unterstützung und das Vertrauen, welche die Schweiz international geniesst. Ebenfalls dürfen die gute Vorentscheid der Schweizer Diplomate und die sorgfältig vorbereitete sowie gut umgesetzte Kampagne zu diesem guten Wahlergebnis beigetragen haben.

Laut der UNO-Charta kommt dem Europäischen Rat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der interna-

tionalen Sicherheit zu. Entsprechend ist der Sicherheitsrat seit seiner Gründung 1945 das global mächtigste multilaterale Forum für internationale Sicherheit. In diesem Gremium wird es der Schweiz ermöglichen, dort nicht nur ihre Interessen zu vertreten, sondern auch für diejenigen Werte einzusetzen, für die ihre Ausenpolitik traditionell steht. Zusätzlich dürfte die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Schweiz eine ganze Reihe möglicher Vorteile bringen, darunter etwa einen wichtigen Erfahrungsgewinn für die Schweizer Diplomate, die Möglichkeit, internationale Netzwerke auszubauen sowie die Position des internationalen Geistes zu stärken.

Im Sicherheitsrat wird die Schweiz zudem ein Stück weit Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung und die effiziente Mitbewerterung der UNO nehmen können.

Vorbereitung auf schwieriges Umfeld
Mandate als nichtständige Sicherheitsratsmitglieder gelten als äusserst herausfordernd. Aufgrund seiner Zusammensetzung und Funktionsweise beruht im Sicherheitsrat eine Machtasymmetrie zwischen den fünf ständigen Mitgliedern (PS für permanent) und den zehn nichtständigen, gewählten Mitgliedern (E10 für elected) anders. Dieses Machtgefälle ist grösstenteils auf das Vetorecht sowie auf den ständigen Status der PS zurückzuführen. Während die Vetomacht es den PS ermöglicht, unliebsame Initiativen zu blockieren (oder damit zu drohen, um entsprechende Initiativen ihrem Präferenz auszugleichen), hat es ihr ständiger Status ermöglicht, die Funktionen und Arbeitsweise des Rates entscheidend zu prägen: dies oftmals zu ihren Gunsten und zu Ungunsten der E10. Diese Faktoren haben mitunter eine einschneidende Wirkung auf den Gestalt-

Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG 42/22



gegen Russland einem Realitätstest unterworfen war. Und in der Dezember-Nummer haben wir die europäische Friedens- und Sicherheitspolitik nach der ausgerufenen Zeitenwende analysiert und einen Schwerpunkt zur ukrainischen Literatur in Kriegszeiten gebracht. Wir sind in unserer Haltung zum Krieg gegen die Ukraine offensichtlich richtig gelegen, die FRIEDENSZEITUNG hat grössere Beachtung und einige NeubonnettInnen gefunden.

Des Weiteren setzten wir unsere Serie zur Vorbereitung der Sicherheitsratskandidatur der Schweiz fort, im März mit der «anhalten-Täubelei der SVP» gegen die Kandidatur, die glücklicherweise keinerlei Resonanz gefunden hat, die Wahl unseres Landes im Juni als nichtständiges Mitglied ging geräuschlos über die Bühne. Im Dezember befassten wir uns ausführlich mit den Prioritäten der Schweiz in den nächsten beiden Jahren im wichtigsten Gremium der UNO. Wir halten diese Arbeit für eine zentrale aussen- und friedenspolitische Chance und werden sie kritisch begleiten.

Weitere Schwerpunktthemen waren die Lage ein Jahr nach dem Putsch in Myanmar, zur vierzigjährigen Geschichte der Frauenhäuser in der Schweiz im Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen und Kinder, die bedenklichen Umbaupläne bei der Dienstpflicht mit der Gefahr einer Beschädigung des Zivildienstes, ein Schwerpunkt zur gefährdeten Lebensweise der afrikanischen Nomaden (zum Thema des SFR-Friedenskalenders 2023) und zur spannenden Geschichte der Emser Werke («Nazis, Nylon und Napalm»), auf der Christoph Blochers Imperium aufbauen konnte.

Wir hoffen, dass wir die FRIEDENSZEITUNG nicht nur konsolidieren, sondern auch redaktionell ausbauen können. Wir freuen uns über Anregungen, Kritiken oder gar (in Absprache) Texte aus unserer Leserschaft und insbesondere auch über finanzielle Unterstützung. Und wir hoffen, dass der unselige Krieg gegen die Ukraine ein Ende findet. Von einem Friedenszustand bleiben wir auch danach noch meilenweit entfernt.

Peter Weishaupt

Publikationen

Ich bestelle

..... Ex. **Probenummern** der **FRIEDENSZEITUNG**. Zwei Ausgaben im 2023, gratis

..... **Abonnement** der **FRIEDENSZEITUNG** für 50 Franken jährlich (vier Ausgaben)

..... Ex. **Haus Gartenhof in Zürich**. Raum für vernetzte Friedensarbeit. Chronos-Verlag Zürich 2019, 192 Seiten, Fr. 38.–

..... Ex. dieses **Jahresberichtes 2022** des SFR. 24 Seiten, Februar 2023, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2023** mit 12 Kalenderblättern zu Afrika, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2021** des SFR. 24 Seiten, Februar 2022, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2022** mit 12 Kalenderblättern zu Usbekistan, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2020** des SFR. 24 Seiten, April 2021, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2021** mit 12 Kalenderblättern zu Kenia, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2019** des SFR. 24 Seiten, Februar 2020, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2020** mit 12 Kalenderblättern zu Myanmar, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2018** des SFR. 24 Seiten, Februar 2019, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2019** mit 12 Kalenderblättern zu Libanon, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2017** des SFR. 24 Seiten, Februar 2018, Fr. 5.–

..... Ex. der Broschüre **Gegen modernes Söldnertum**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. 28 Seiten, Dezember 2011, Fr. 5.–

..... Ex. **Argumentenkatalog «Schutz vor Waffengewalt»** zur Volksabstimmung vom 13.2. 2011. Dezember 2010, 52 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Reader «Kriegsgebiet Kinderzimmer»**. Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung. Dezember 2009, 256 Seiten, Fr. 10.–

..... Ex. **Broschüre «Das Geschäft mit dem Krieg»**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. Dezember 2007, 28 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Schöne neue atomare Welt»**. Warum neue Atomkraftwerke kein Rezept gegen den Klimawandel sind. Juni 2007, 24 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Wehrpflicht zur Debatte»**: Berufsarmee, Freiwilligenheer, allgemeine Dienstpflicht? Dezember 2004, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Abschied vom Inseldasein»**. Vom Ende der isolationistischen Neutralität zur kollektiven Sicherheit der UNO. 52 Seiten, Dezember 2000, Fr. 5.–

Ich will **Mitglied des SFR** werden:

- ☐ Fr. 50.– jährlich (Mitgliedschaft)
- ☐ Fr. 100.– jährlich (Mitglied & Jahresabo)
- ☐ Kampagne gegen Kleinwaffen (Fr. 20.–)

Vorname, Name

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Einsenden an SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich
oder **mailen** an info@friedensrat.ch